

ZENTRALBLATT DER BAUVERWALTUNG

VEREINIGT MIT

ZEITSCHRIFT FÜR BAUWESEN

MIT NACHRICHTEN DER REICHS- U. STAATSBEHÖRDEN · HERAUSGEGEBEN IM PR. FINANZMINISTERIUM

SCHRIFTFLEITER: DR.-ING. NONN UND DR.-ING. e. h. GUSTAV MEYER

BERLIN, DEN 20. JUNI 1934

54. JAHRGANG, HEFT 25

Alle Rechte vorbehalten.



Ansicht an der Ecke Kavalleriestraße und Fürstenwall).*

NEUBAU DES POLIZEIPRÄSIDIUMS DÜSSELDORF

Preußische Staatshochbauverwaltung.

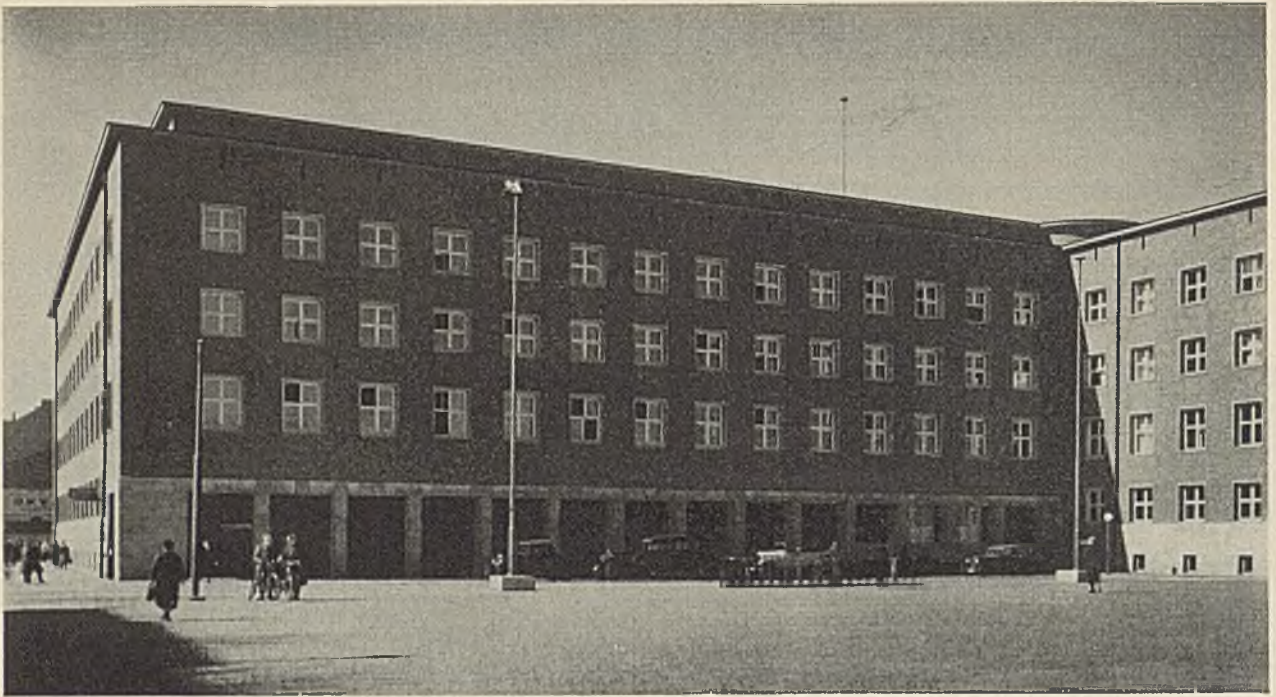
Die Neugestaltung der Polizei und die Zusammenziehung der Finanzverwaltung beim Reich nach dem Kriege verursachten in der Stadt Düsseldorf, die bisher diese beiden Behörden in solchem Umfange nicht beherbergt hatte, einen fühlbaren Raumangel, der Neubauten notwendig werden ließ. Es trat der seltene Fall ein, daß auf einem Baugelände zwei Staatsbehörden gleichzeitig Bauvorhaben zur Ausführung bringen wollten. Dieser Bauplatz war das Grundstück der ehemaligen Husarenkaserne, das ringsum von Straßen begrenzt wird. Von diesen ist die Kavalleriestraße die Repräsentations- und Verbindungstraße zum Stadt-

kern, die Neußer Straße die Ausfallstraße für den südöstlichen Stadtteil zur neuerbauten Rheinbrücke Düsseldorf—Neuß—Köln. Von den beiden anderen Straßen, der Hubertusstraße und dem Fürstenwall, ist letzterer die verkehrsreichere.

Der Bauplatz wurde gewonnen durch Niederlegung der alten Kasernenanlage mit ihren ausgedehnten Stallungen und zugehörigen Gebäuden. Anfang 1928 sollte zunächst ein Ideenwettbewerb zu einer allgemeinen Klärung hauptsächlich über die Möglichkeiten in städtebaulicher Hinsicht führen¹⁾. Auf dem 200 m langen und 180 m tiefen Grundstück war dem

^{*}) Aufnahmen: S. 345 unten Phot. H. Jaeger, Düsseldorf, im übrigen Phot. H. Schmölz, Köln.

¹⁾ Vgl. Zentralbl. d. Bauverw. 1928, S. 63, 297, 365 u. 477.



Ansicht vom Kavallerieplatz. Offene Eingangshalle.

Landesfinanzamt die südliche, dem Polizeipräsidium die nördliche Hälfte für den Wettbewerb als Bauplätze zugewiesen. Die dem Wettbewerb folgende Bearbeitung der Vorentwürfe beider Gebäude, die bei beiden Behörden getrennt unter ständigem Ausgleich der baulichen Absichten erfolgte, führte jedoch im November 1928 zu einem Austausch der Bauplatzteile, da sich ergeben hatte, daß die größeren Massen des Polizeipräsidiiums eine bessere städtebauliche Gestaltung der Gesamtanlage auf dem südlichen Bauplatz ermöglichen.

Da die Kavalleriestraße als die Hauptzufahrtstraße anzusehen ist, wurde nach ihr die Gesamtanlage orientiert und betont. Während das Landesfinanzamt als in sich geschlossener, rechteckiger Baukörper von 90 zu 50 m längs dem neugebildeten Kavallerieplatz

errichtet werden soll, zeigt das Polizeipräsidium einen stark gelösten Baukörper.

Von einem Hauptbau entwickeln sich zwei Querflügel nach Norden zum Bau des Landesfinanzamts hin, während sich gegen Süden, gegen den Fürstenwall, vier Querflügel angliedern. Zwischen diese vier Flügelbauten sind längs des Fürstenwalles drei zweigeschossige Verbindungsbauteile eingegliedert. So entstehen nach der Fürstenwallseite drei Höfe, bezeichnet nach ihrem Zweck als Hof des Überfallkommandos (Hof 1), Hof des Gefängnisses (Hof 2) und Hof des Eichamtes (Hof 3). Die nördlichen Flügelbauten bilden zum Landesfinanzamt hin den sogenannten Ehrenhof vor dem Eingang zur Präsidentenwohnung. Längs der Neußer Straße ist vor dem Polizeipräsidium ein



Hof 1. Ansicht des Hauptgebäudes mit den Treppenhäusern.



Hof 1. Ansicht des Quertraktes 1 Süd mit anschließendem Zwischentrakt (Gefängnis und Garagen).



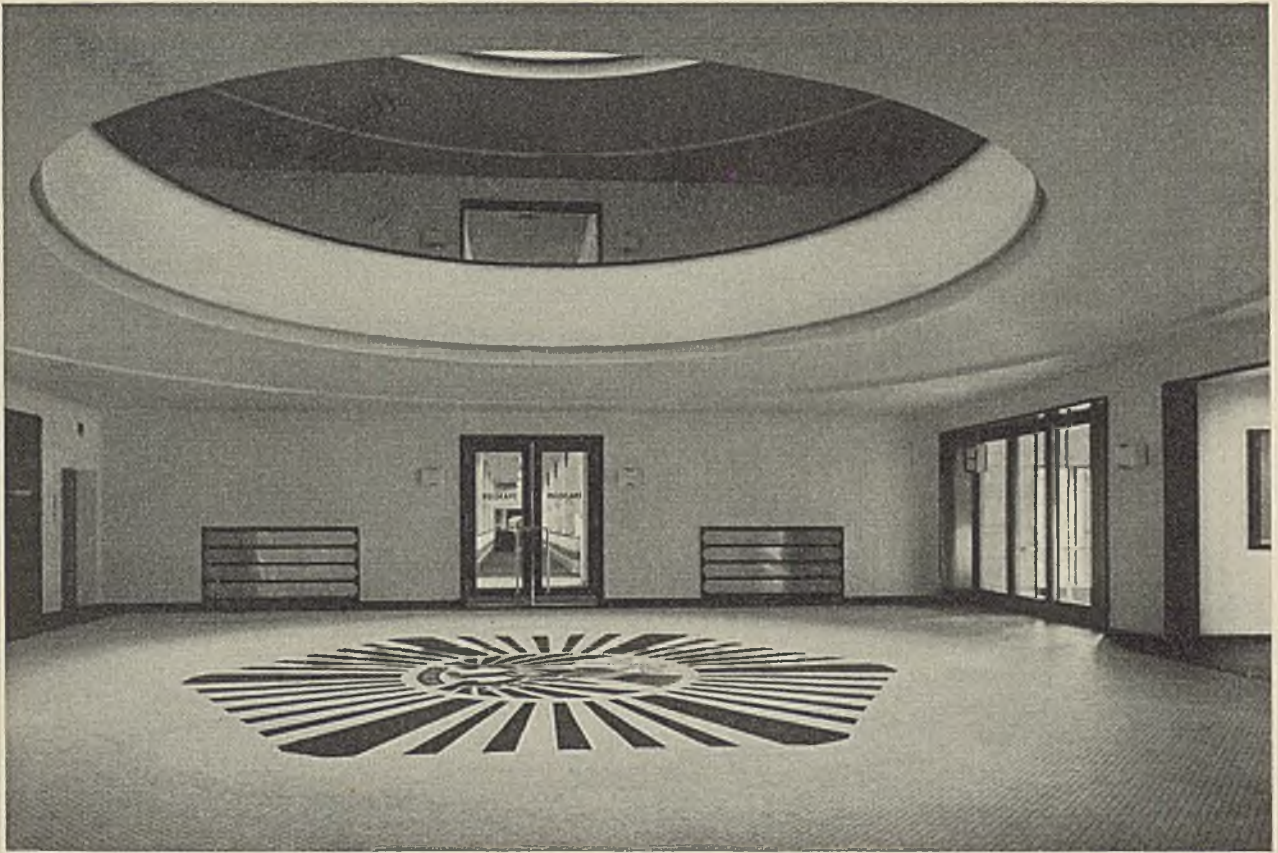
Garten des Polizeipräsidenten.

zweiseitig bebaut und durch Oberlichtstreifen über den Türen belichtet. Verstärkte Belichtung erhalten die Flure jeweils über den Treppenhäusern durch deren große, in ganzer Fassadenhöhe durchgehende Fenster und durch Oberlichte über den Treppenhäusern.

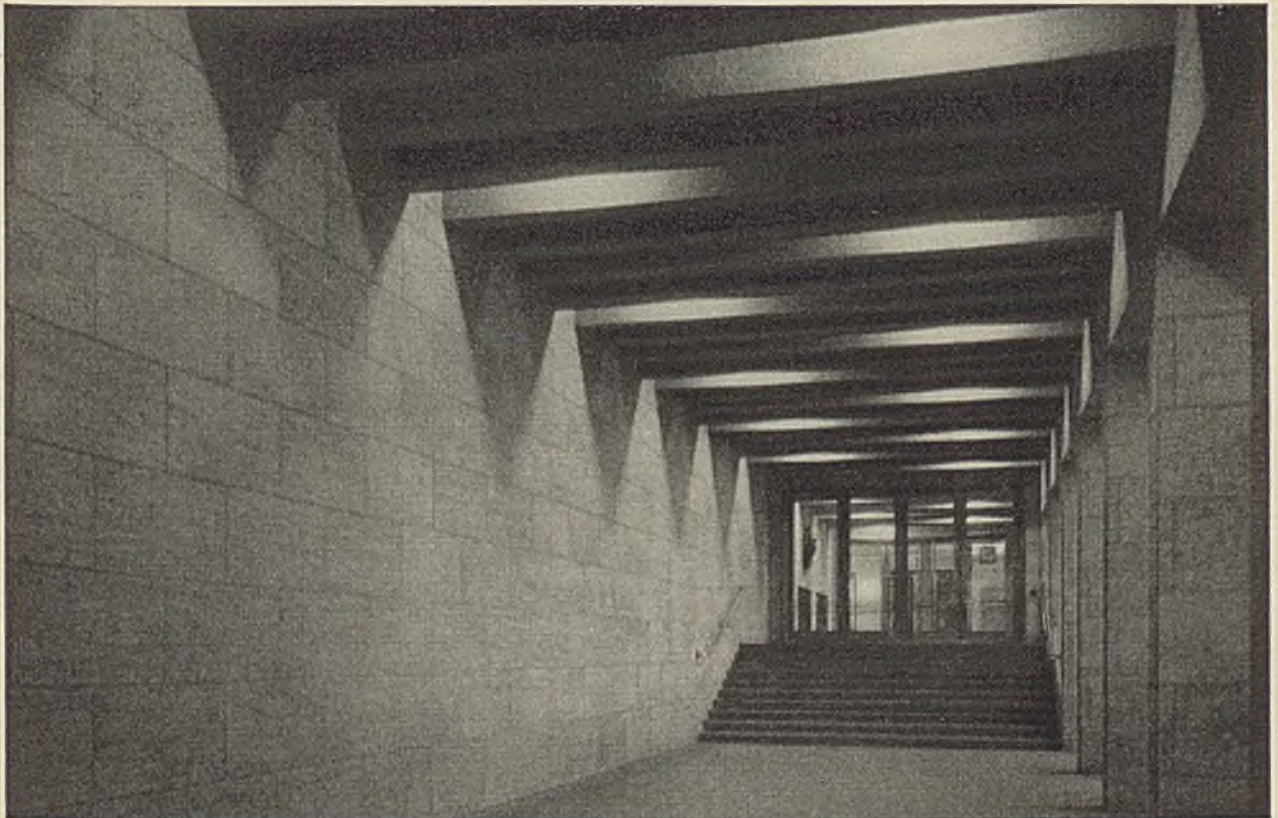
Die Raumbezeichnungen sind an den Türen auf Mattglasstreifen aufgetragen. Die Beschriftung ist hierdurch sowohl bei Tag als auch bei Abendbeleuchtung besonders gut lesbar. Da der Längsbau von der Seite zum Fürstenwall her volles Südlicht erhält, so ergibt sich in Verbindung mit der hellen Farbtonung aller Hallen-, Flur- und Treppenteile ein übersichtlicher, frischer Eindruck der Innenräume. Die Übersichtlichkeit ist auf alle die Räume übertragen, die dem Publikum unmittelbar zugänglich sind, so das Hauptmeldeamt, die Kasse, die Führerscheinkartei usw. Glastüren und Glaswände gewähren in diese Räume freien Einblick.

Die gesamten Hauptregistraturen und die mit ihnen arbeitenden Behördenteile konnten übereinander untergebracht werden. Die Abteilungen sind durch besonderen Aktenaufzug miteinander verbunden. In der Kriminalkartothek im dritten Obergeschoß endet dann die von der Funkstelle her kommende Rohrpost. Strafregister und Kriminalkartothek stehen durch die Haupthalle im gleichen Geschoß in Verbindung mit den Einrichtungen des Erkennungsdienstes, der photographischen Abteilung und Monosammlung, von denen unmittelbar das Polizeigefängnis erreichbar ist. Dieses ganze Geschoß ist der Kriminalpolizei vorbehalten. Der große Verhandlungssaal der Kriminalpolizei, gleichfalls in diesem Geschoß gelegen, nutzt die Höhe des Dachbodens für sich aus.

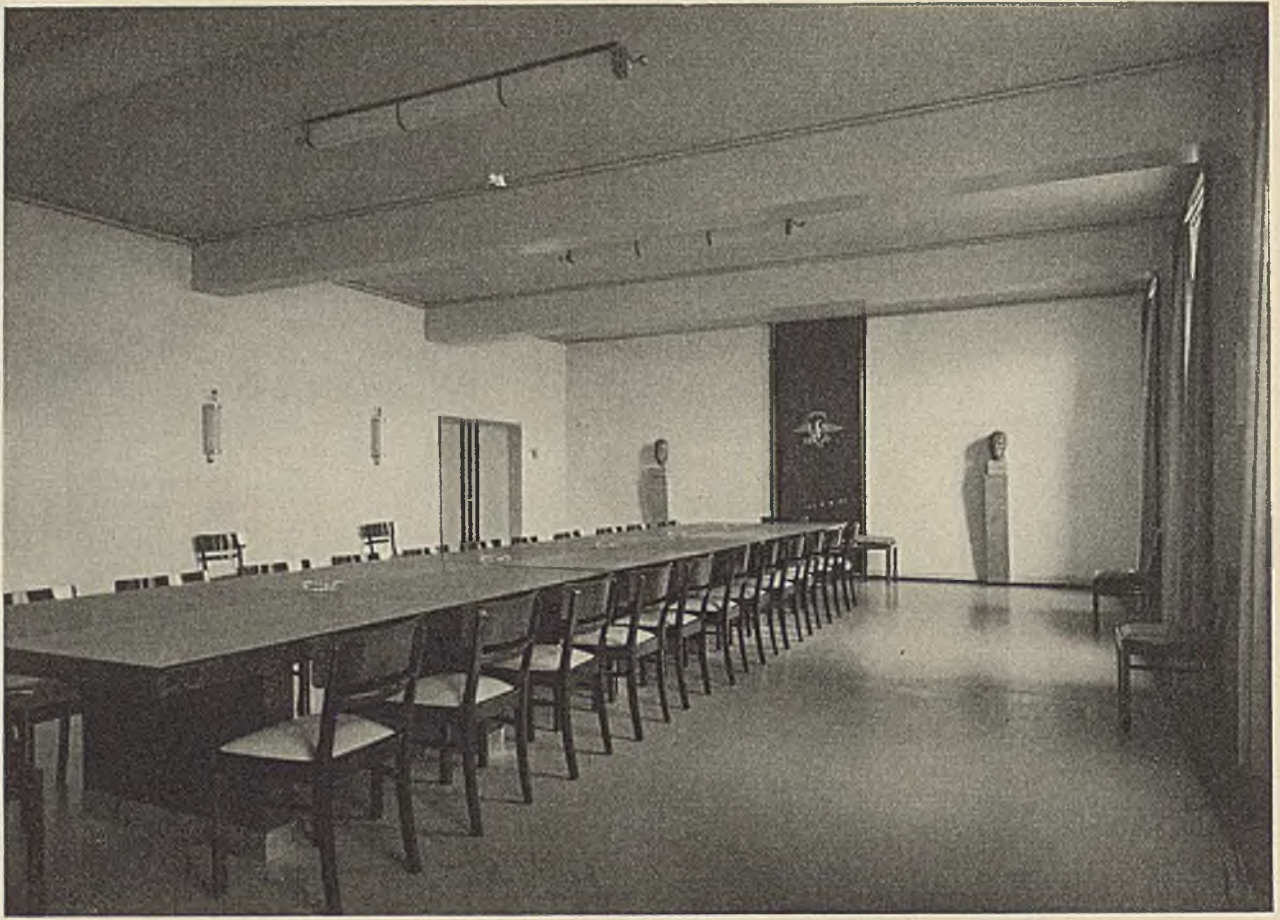
Im vierten Obergeschoß, das nur im Hauptbau an der Seite zum Fürstenwall vorhanden ist, liegen das Kriminal- und Wirtschaftsmuseum sowie ein großer Unterrichtsraum.



Haupthalle, Eingang zum Meldeamt.



Eingangshalle mit Haupteingang.



Sitzungssaal.

Das Kellergeschoß ist weitgehend zu Nutzräumen ausgebaut. Es enthält außerdem den sogenannten Grundsteinraum, der zu einem Orientierungsraum für das Gesamtgebäude in baulicher Hinsicht benutzt wird. In ihm werden übersichtlich die Pläne für die Heizung, die Be- und Entwässerung, die elektrische Installation usw. angebracht.

Das Revier liegt im Erdgeschoß und ist zugänglich von der offenen Eingangshalle. Der Eingang wird überwacht durch eine Auskunftstelle, an ihr vorbei gelangt man zu einer geräumigen Vor- und Wartehalle, von dieser zur Abfertigungsstelle, an welche die Büros der Aufsichtsbeamten anschließen. Diese sind gegen die Auskunftstelle und unter sich nur durch Glaswände getrennt, was die Überwachung und den Dienstverkehr sehr erleichtert. Unmittelbar am Flur liegt der Schalter der Reviermeldestelle. Es wird so der Flur als Publikumsraum genutzt. Die Revierwache liegt im Hauptgebäude, an die Wartehalle anschließend, und stellt so die Verbindung mit der Hauptwache her; es können also die Beamten der Wache zur Sicherung des Präsidiums unmittelbar herangezogen werden.

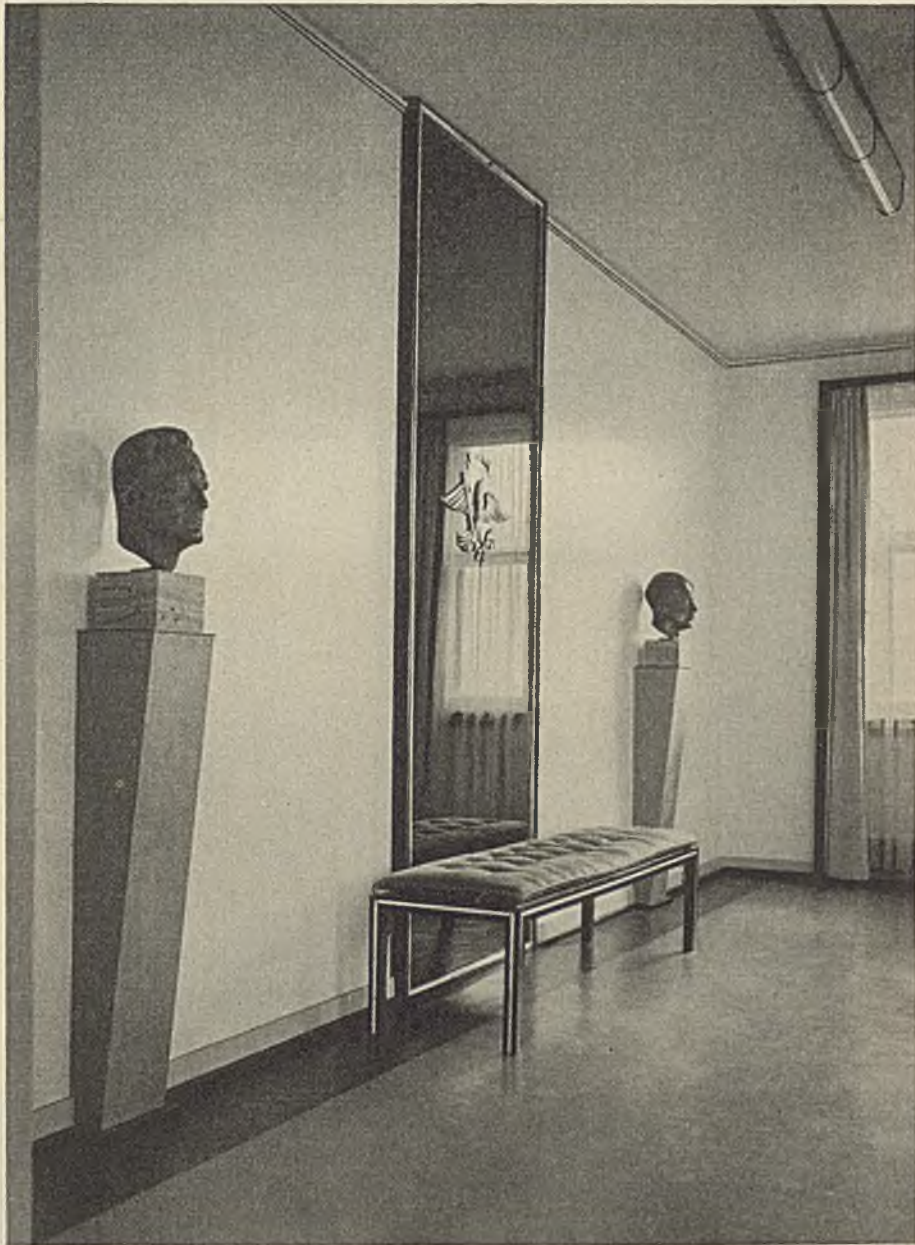
Der Zugang zur großen Wache und dem Überfallkommando geschieht vom Fürstenwall durch den Hof 1 (Überfallkommandohof). In den Räumen der Wache ist die Polizeirufanlage untergebracht, anschließend an die Tages- und Nachräume. Weitere Schlafräume sowie Wasch- und Ankleideräume und sonstige Zubehörräume liegen im Kellergeschoß. Am Hof selbst liegen dann fünf Garagen und ein Pferde-

stall, weiter ist vom Hof erreichbar der große Fahrradraum im Kellergeschoß. Dieser Hof 1 sichert zugleich den Zugang zu Hof 2, dem Gefängnishof.

Das Gefängnis ist von dort zugänglich, es bildet eine geschlossene Anlage. Man erreicht den Eingang über eine Brücke, die den tiefer gelegten Gefangenenhof überbrückt. Das Gefängnis geht im Mittelteil durch drei Geschosse, Keller-, Erd- und erstes Obergeschoß, auf den Flügeln nutzt es jedoch nur das erste Obergeschoß, hier liegen 54 Einzelzellen, die die ganze Länge der Zwischenbauten am Fürstenwall einnehmen. Alle Diensträume und Zellen des Gefängnisses sind nach den Höfen gelegen, zum Fürstenwall hat das Gefängnis also nur Flurfenster. Um durch die schweren Vergitterungen den Eindruck dieser Außenansicht nicht zu stören, wurden die Vergitterungen in das Gebäudeinnere gelegt und durch maschinellen Zug in Gruppen schließbar gemacht.

Eine weitere, in sich geschlossene Grundrißanlage zeigt das Eichamt, eingebaut im Erdgeschoß des vierten Querflügels am Fürstenwall. Der Zugang zu diesem Amte geschieht vom Hof 3, dem Eichamthof, aus. Über eine Rampe erreicht man den Annahmehof und Ausgaberaum. Die angrenzenden Geschäftszimmer und Werkstätten sind durch Glaswände gegen diesen Hauptraum abgegrenzt.

Das Katasteramt III, über dem Eichamt gelegen, wurde gleichfalls als in sich abgeschlossener Bauteil ausgeführt. Die Räume zum Hof hin wurden als eine neuzeitige Bürofolge ausgebildet mit eingebauten Schränken und einer Raumtrennung durch Glaswände.



Kopfwand des Sitzungssaales mit preuß. Hoheitszeichen.

*Büste des Reichskanzlers von Bildhauerin Ley, Düsseldorf,
Büste des Ministerpräsidenten von Bildhauer Zieseniß, Düsseldorf.*

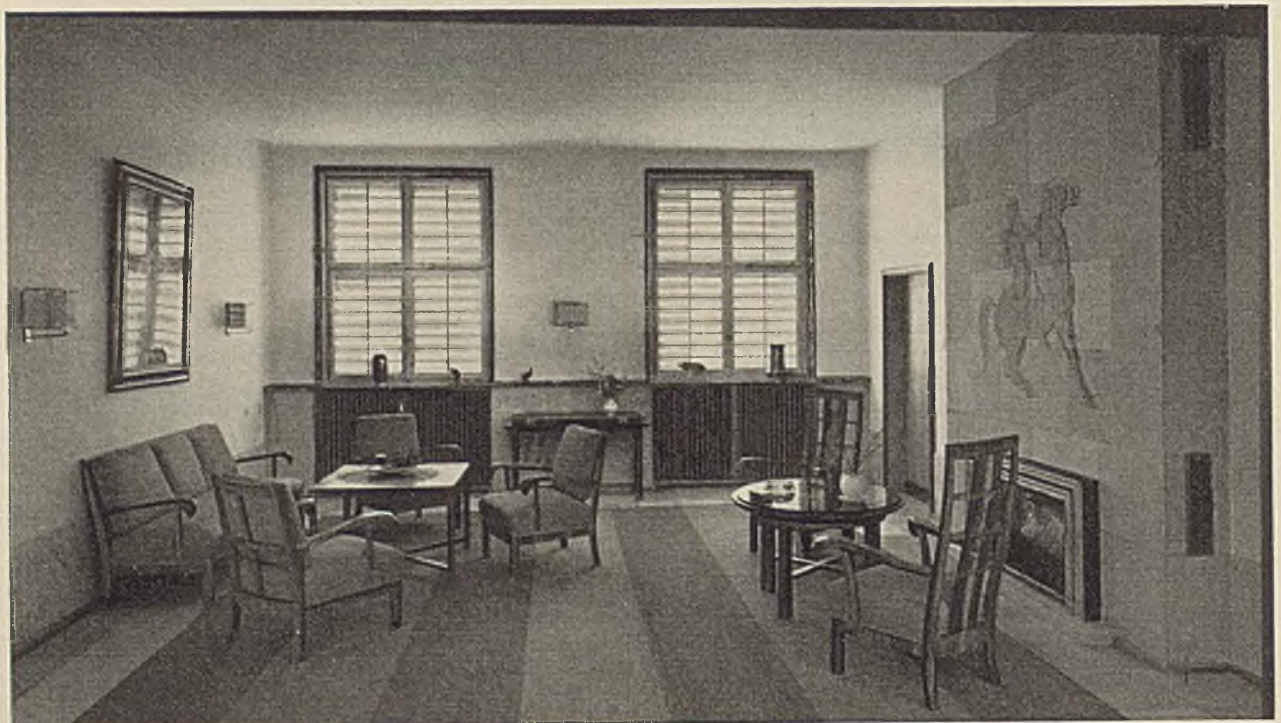
In allen Teilen des Gebäudes hat sich die Anwendung dieser Glaswände bewährt, die Übersichtlichkeit, der Eindruck der Öffentlichkeit des Betriebes haben nach Angabe der Behördenleiter sich nur zum Guten ausgewirkt. Die weiter im Bau untergebrachten Katasterämter I und II wurden in dem Hauptbau längs Hof 3 eingegliedert. Ihr Einbau erfolgte nachträglich, doch war es möglich, die Verbindung zum Katasteramt III herzustellen; an sich haben sie einen besonderen Eingang von der Seite Neußer Straße her. Gegen das Polizeipräsidium sind sie nur durch Pendeltüren in den Fluren geschlossen.

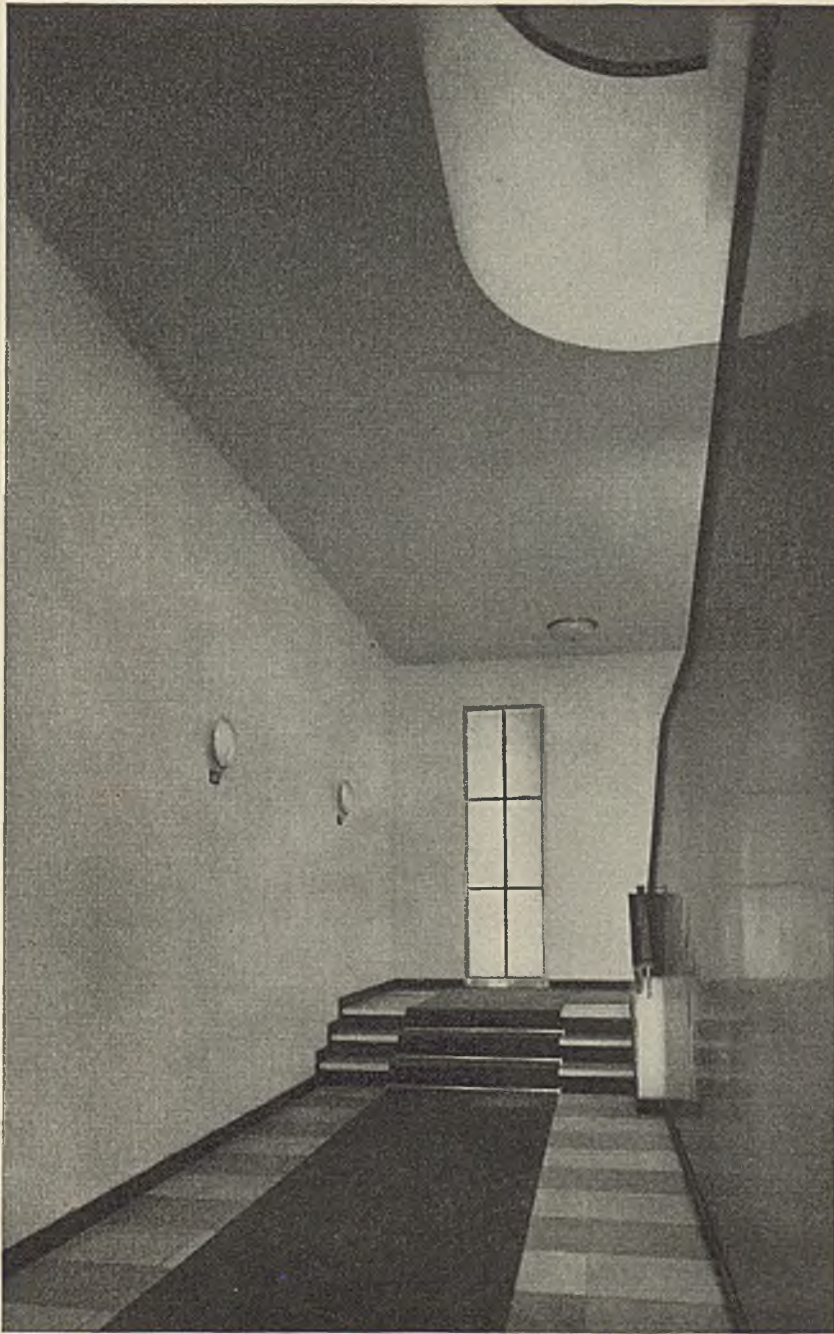
Die äußere Gestaltung des Gebäudes entspricht dem übersichtlichen Grundriß, sie stützt sich auf die Massenwirkung der klar gegeneinander gestellten Baukörper. Auf jeden formalen Aufwand wurde ver-

zichtet und die architektonische Wirkung nur in guter Proportion und in der Materialwirkung gesucht. Sockel, Fensterumrahmungen, Türefassungen und Abschlußgesimse sind in fränkischem Muschelkalk ausgeführt, die Hauswände in Mindener Klinkern in grau-rot-bunter Mischung. Der Klinker wurde mit silbergrauem Terranovafugenmörtel gefügt. Das Gebäude wurde mit massiven Außenwänden aufgeführt. Im Innern ist es ein Betonpfeilerbau mit massiven Decken gleichen Materials. Der äußeren Achswerte von 3,12 m entspricht der Pfeilerabstand von 6,24 m. Die Decken im Erdgeschoß und ersten Obergeschoß sind kreuzbewehrte Betondecken ohne Querunterzüge, sie liegen in den Außenwänden mit starken Randbalken auf und spannen sich über die Flurstützen mit ihren Längsunterzügen von Außenwand zu

*Diele der Präsidenten-
Wohnung.*

*Kaminbild von Bildhauer
Josef Sommer, Düsseldorf.*



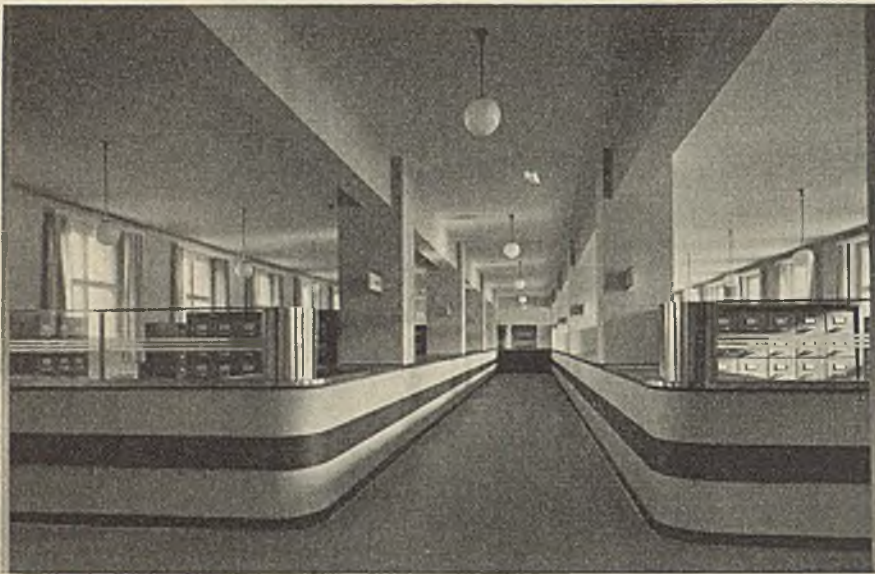


Außenwand. Alle übrigen Geschosse und Keller haben Balkendecken in Felderaufteilung entsprechend der Stützweite, die Flurdecken sind jedoch auch hier von Querunterzügen frei. In allen Geschossen ermöglicht die Deckenstärke ein beliebiges Einziehen der Zwischenwände. Diese sind durchgehend in Schwemmsteinen ausgeführt. Die Trennwände zu den Fluren sind zum Flur hin jeweils vor die Pfeiler gesetzt. Dies ergibt zwanglos die Möglichkeit, die Installation für Be- und Entwässerung an den Pfeilern zum Flur herabzuführen, eine an sich wichtige Frage, da alle Büroräume mit fließendem Wasser versehen sind. Auf den Betondecken sind schalldämpfende Auffüllungen von 10 cm Höhe aufgebracht.

Die ausgedehnten Flachdächer mit zweiseitigem Gefälle haben als Tragekonstruktion Remy-Hohlsteindecken. Über dieser Deckenkonstruktion liegt die

Wärmeisolierung, dann ein stark unterteilter, bewehrter Zementestrich auf lose verlegter Pappunterlage (Gleitfläche). Die Deckung besteht in ihrem größten Teile aus zwei Lagen Bitumenpappen und -geweben mit Bitumen als Klebmasse. Alle Dachflächen sind bekieselt. Die Entwässerung der Flächen erfolgt nach den Gesimsen hin, in die Kupferrinnen eingelassen sind. Die gesamten Dachböden werden durch in die Dachfläche eingebaute Prismenoberlichter erhellt.

Die Flur- und Zwischentüren sind Sperrholztüren in glatten Holzargen. Das Furniermaterial der Türblätter wird gezeit, indem die Türblätter nur lackiert sind. Die Zargen dagegen sind dunkel deckend gestrichen. Die über den Flurtüren eingebauten, nach der Flurseite bündig sitzenden Oberlichter sind doppelt verglast. Alle Treppen haben massive Brüstungen,



Hauptmeldeamt.



*Dienstzimmer
des Polizeipräsidenten.*



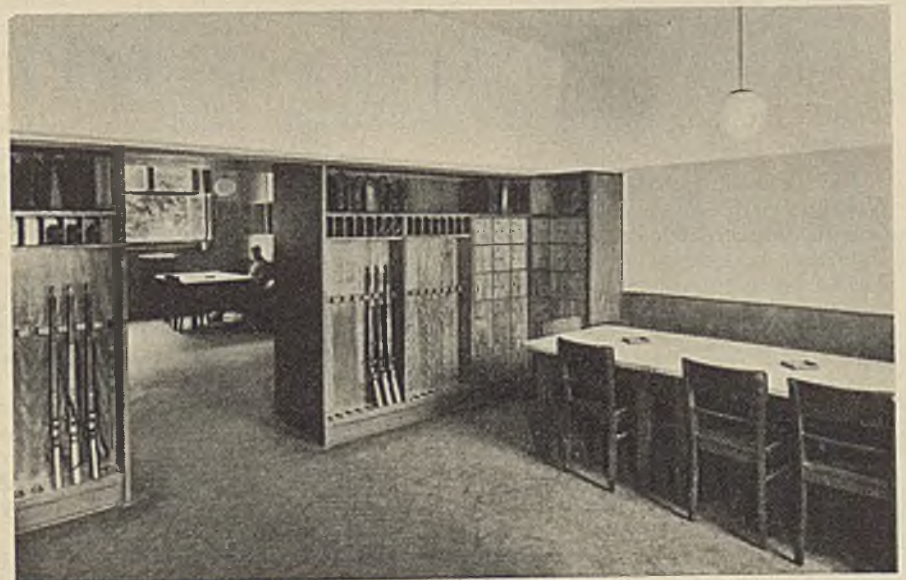
*Beamten-Wohlfahrtsraum.
Wandbilder von Maler Pagenstecher,
Düsseldorf.*



*Kariothekanlage
des Hauptmeldeamts.*



*Überwachungskoje im
Gefängnis, erstes Obergeschoß.
Blick nach der Frauenabteilung.*



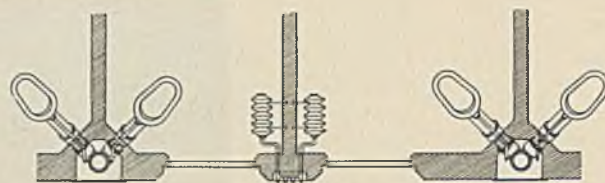
*Tagesräume
im Überfallkommando.*

die mit weißem Zement geputzt und gespachtelt sind. Als Stufenmaterial wurde fast durchgehend scharrierter K-Steinputz verwandt. Die Brüstungen sind mit Holz abgedeckt, das deckend gestrichen wurde. Nur für die Abdeckungen in der Haupthalle wurde schwarz poliertes Birnbaumholz verwandt. Die Staubdecke und der senkrechte Glasabschluß im obersten Geschoß der Haupthalle sind mit zweiseitigem weißen Überfangglas verglast, die Treppenhause Fenster mit Riffelglas, alle Oberlichter mit weißem Klarglas. Der Fußboden der Haupthalle ist mit einem Tonfliesenmosaik ausgelegt, das den Polizeistern mit dem preußischen Adler in großer Linienführung zeigt.

Die Farbgebung ist in den Fluren, Treppen und Hallen sehr hell gehalten. Die Flure erhielten bis Türhöhe Ölfarbenanstrich, darüber ohne Absatz in den Wänden und Decken gleichfarbigen Kasein-anstrich. Die Treppenhäuser sind in allen Teilen außer den Brüstungen mit Membranit gestrichen, die Brüstungen leicht getönt lackiert. Die Wände der Haupthalle und die der daran liegenden Treppen wurden mit Hewit behandelt und lackiert, die Brüstungen lackiert. Alle Geschäftszimmer erhielten Tapezierung. Eine besondere Behandlung weisen nur das Präsidentenzimmer, das Beratungszimmer, der Verhandlungssaal, die Diele der Präsidentenwohnung und deren Zugang auf. Das Präsidentenzimmer und das Beratungszimmer erhielten eine Wandbekleidung aus „Igraf Pergament“, die den Räumen eine vornehme, repräsentative Haltung gibt. Der Verhandlungssaal und die Diele sind gespachtelt und mit Lackfarbe gestrichen.

Das Gefängnis hat in allen Zellen Abortanlagen mit fließendem Wasser, je zwei benachbarte Zellen haben einen Installationsschacht. Das warme Wasser für die Bäder, Waschräume usw. wird jeweils durch örtliche Anlagen erzeugt. Die Aborte sind gruppenweise zusammengelegt und ganz mit Fliesen ausgekleidet. Die Rohrleitungen und -zuleitungen sind hier in Schächten geführt, die zugleich als Entlüftungen dienen.

Eine besonders technisch weitgehend durchgearbeitete Anlage ist die Funk- und Fernsprechstation. In ihr sind Decken und Wände mit geerdetem Drahtnetz abgeschirmt. Diese Abschirmung wurde auch in den Gastrennwänden durchgeführt. Die Drähte des Glases sind zusammengezogen und geerdet. Der



Schnitt durch die Zellenflurwand mit Heizungs- und Wasserinstallation. M. 1:70.

Akkumulatorenraum wird über Säurefilter mechanisch entlüftet.

Beheizt wird das Gebäude durch eine Warmwasser-Pumpenheizung mit Speicheranlage. Sie ist auf 61 800 cbm beheizten Raumes bemessen, mit einem stündlichen Wärmeverbrauch von 1 560 000 WE je Stunde als Höchstleistung. Die Anlage ist in vier Heizgruppen geteilt. Jede von ihnen kann unabhängig von der Vorlauftemperatur der übrigen Gruppen geschaltet werden. Wechsellmischventile auf dem Vorlaufverteiler erlauben es, Wasser des Rücklaufs oder Wasser aus den Speichern dem Vorlauf zuzumischen. Auf diese Weise ist es möglich, die Kessel, unbekümmert um die Außentemperatur, in gleichmäßiger Temperatur laufen zu lassen. Vier Speicher mit 60 000 l Gesamtinhalt liegen hinter der Verteiler- und Motorenbrücke. Diese Speicher dienen zunächst dazu, den Nachtbetrieb zu übernehmen und in der Übergangszeit den Betrieb der Wohnungen usw. von Sonnabend bis Montag durchzuführen, auch wenn die Kessel außer Betrieb sind. Sie werden in der Regel bis 95° C hochgeheizt und geben bei einer Abkühlung bis auf 35° C 3 600 000 WE in das Heizungsnetz ab. Die Speicher werden gespeist durch die überschüssige Wärme beim Absinken des Wärmebedarfs in der Tageskurve von den Kesseln her.

Der Bau wurde Oktober 1929 begonnen und am 31. Dezember 1933 auch in den letzten Teilen den nutznießenden Behörden übergeben. In dieser Bauzeit lag der Bau rund 1¾ Jahre still. Entwurfsbearbeitung und Bauleitung erfolgten unter Aufsicht der Hochbauabteilung im preußischen Finanzministerium und der Regierung in Düsseldorf durch eine besondere örtliche Dienststelle, deren Leitung dem Unterzeichneten übertragen war.

Regierungsbaurat Alexander Schaefer.

MITTEILUNGEN

Amt der Technik u. NSBDT (N. S. Bund Deutscher Technik).

Die Technikerschaft hat durch Begründung des Amtes für Technik bei der politischen Zentralorganisation endlich die erforderliche parteiamtliche Funktion zur Durchführung ihrer Ziele erlangt. Der KDAJ ist in einen N.S. Bund der Deutschen Technik umgewandelt worden, während dem unter Aufsicht des Amtes für Technik stehenden RTA die nur wissenschaftliche Behandlung technischer Fragen verblieben ist.

Man muß der liberalistischen Wirtschaftsführung zugestehen, daß sie die große Bedeutung der wissenschaftlichen Technik für die auf Gewinn gerichtete Wirtschaft stets erkannte und anerkannte und ihr einen ihrer Bedeutung angemessenen bevorzugten Platz einräumte. Sie hat sehr große Mittel für die Durchführung von Forschungsarbeiten zur Verfügung

gestellt, aber freilich auch nur für solche Forschungsarbeiten, die bei der Auswertung ihrer Ergebnisse in der Betriebspraxis einen entsprechenden Gewinn erwarten ließen. Bei der Beurteilung spielte die Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Bedarfsdeckung des Volkes die geringere Rolle, die größere aber der zu erwartende Geldertrag für das Einzelunternehmen. Auch die technisch-wissenschaftlichen Organisationen der alten liberalistischen Prägung haben bei der Durchführung von Forschungsarbeiten mit ihren Ausschüssen und den meist von ihnen herausgegebenen Fachzeitschriften maßgebend und führend mitgeholfen. Es waltete der Irrtum ob, daß in der Wirtschaft das Kleinere unbedingt dem Großen zu weichen habe, unbekümmert um die organhafte Lebenswichtigkeit z. B. des Handwerks für die allgemeine Volkswirtschaft.

Für den nationalsozialistischen Staat sind daher geeignete Organisationen für die wissenschaftlich-

technischen Aufgaben von großer Bedeutung. Es muß sich aber von selbst verstehen, daß bei der Lösung dieser Aufgaben nur Organisationen mitwirken können, die, unter nationalsozialistischer Führung stehend, von einwandfreier Vergangenheit sind und die daher die Gewähr dafür bieten, daß die wissenschaftliche Technik im Geiste des Nationalsozialismus geleitet und genutzt wird. Denn wissenschaftliche Technik ist kein Ding an sich, darf auch nicht als Mittel zur Erhöhung der Dividende und zur Sicherung arbeitsfreien Einkommens benutzt werden. Die wissenschaftliche Technik ist ein Glied der allein dem Gesamtwohl dienenden Wirtschaft und kann nur von denjenigen Organisationen verwaltet und getragen werden, welche die Gewähr für die Verwaltung dieses wichtigen Aktivpostens der Wirtschaft im nationalsozialistischen Sinne bieten.

Hermanns.

Buchbesprechungen.

Neuzeitliche Holzverbindungen.

Auszugsweise Übersetzung der amerikanischen Schriften „Modern Connectors for Timber Construction“ und „The Bearing Strength of Wood Under Bolts“. Übersetzt und bearbeitet von Dr.-Ing. H. Seitz, Stuttgart. Heft 6 der Mitteilungen des Fachausschusses für Holzfragen beim Verein deutscher Ingenieure und Deutschen Forstverein. 1933. Geschäftsstelle: Berlin NW 7, Ingenieurhaus. 76 S. in 8° mit 18 Abb. Geh. 2 RM.

Dieses handlich und übersichtlich gegliederte Heft behandelt in einer sehr lehrreichen Darstellung in vier Abschnitten: 1. „Neuzeitliche Holzverbinder“, 2. „Tragfähigkeit von Holz bei Bolzenverbindern“, 3. „Literaturverzeichnis“, 4. „Übersicht über Holzforschung 1933“ (Übersicht über alle deutschen Forschungsinstitute), und zwar unter Wiedergabe von amerikanischen Versuchen, Auffassungen und Erfahrungen.

Im ersten Teil werden nach einem Überblick über die Wirkungsweise von Dübelverbindungen Anordnung, Durchführung und Auswertung der amerikanischen Versuche mit Holzverbindern geschildert: Für die untersuchten Verbinder (Krallenplatten der Siemensbauunion, der Bulldog-, Bufo-Gußstück-Platten, der Alligator- und Loeherring-Dübel und der Käbler-Dübel) wird jeweils die Tragkraft parallel, schräg und senkrecht zur Holzfaser festgestellt, woraus die Nutzlasten für die Ausführung abgeleitet werden. Außerdem werden das Verhalten der einzelnen Verbinder unter der Belastung und die Art des Einbaues geschildert, auch der Einfluß des Schwindens, der Be-

lastungsdauer und der Sitz des Dübels untersucht. Die wichtigsten Versuchsergebnisse sind vom Übersetzer am Schluß zusammengefaßt und mit den derzeitigen Anschauungen in Deutschland verglichen, was wichtig und lehrreich ist.

Im zweiten Teil werden Versuche mit Stahlbolzen als Verbindungsglieder und die entsprechenden Berechnungsweisen erörtert, ferner die Schlußfolgerung für die Nutzlasten — senkrecht und parallel zur Holzfaser gerichtet — aus den Versuchen gezogen.

Die nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführten, recht umfangreichen, planmäßigen Untersuchungen des Auslandes, von einem anerkannten Holzfachmann veröffentlicht und beurteilt, dürften in deutschen Fachkreisen, die sich mit großen Holzbauten und mit Holzversuchen befassen müssen, wohl mit Recht hoch zu bewerten sein, zumal der durch die forschende Tätigkeit des Fachausschusses in anerkennenswerter Weise dauernd und nachhaltig geförderte Ingenieur-Holzbau neuerdings wieder in verstärktem Maße Verständnis und Beachtung gefunden und an Bedeutung für die deutsche Bauwirtschaft gewonnen hat.

Das Heft, das über viele Fragen der für die Standicherheit so wichtigen Holzverbindungen reichen Aufschluß gibt, kann Behörden und Ingenieuren nur bestens empfohlen werden.

H.

Das Straßen- und Baufluchtengesetz vom 2. Juli 1875.

Kommentar von Hugo von Strauss und Torney und Carl Sass. Siebente, neubearbeitete Auflage unter Berücksichtigung des Wohnungsgesetzes usw. von Otto Meyer und Carl Sass. Berlin-Leipzig 1934. Walter de Gruyter u. Ko. 367 S. in 8°. Geb. 12 RM.

Der Kommentar über die Fluchtliniengesetzgebung von Strauss-Torney und Sass ist nach wie vor das nicht zu entbehrende Rüstzeug für alle Kreise, die mit städtebaulichen Aufgaben praktisch zu tun haben, die Fluchtlinienpläne aufstellen und durchführen müssen, oder sonst mit kommunaler Bauverwaltung in Verbindung stehen. Die Neuauflage des Werkes bringt zwar in der Einteilung und Aufgliederung des Stoffes keine bemerkenswerten Neuerungen, wohl aber ist der Inhalt zum Teil gedrängter gefaßt, teilweise aber auch durch die Auswertung der neueren Entscheidungen der höchsten Gerichte ergänzt. Hingewiesen sei nur auf die in Fachkreisen oft erörterte Rechtsprechung des Reichsgerichts über die aus Art. 153 der Reichsverfassung erwachsenden Entschädigungsansprüche und auf die Notverordnung vom Jahre 1931 hierzu, die auf Seite 178 ff. des Werkes eine besondere Würdigung erfahren haben.

B.

AMTLICHE NACHRICHTEN

Preußen.

Ernannt: Der Regierungs- und Baurat Büge (H) von der Preussischen Bau- und Finanzdirektion Berlin zum Oberregierungsrat in der Verwaltung des Preussischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit unter Belassung im vorgenannten Ministerium; — zu Oberregierungs- und -bauräten: die Regierungs- und Bauräte (H) Juppe beim Oberpräsidium in Berlin-Charlottenburg und Osterwold in Stade; — zu Regierungs- und Bauräten: die Regierungsbauräte (H) Daubitz und Dieckert in Gumbinnen; — zu Regierungsbauräten: die Regierungsbaumeister Kurth (H) bei der Luftschutz- und Luftpolizeischule in Berlin und Lorenzen (W) beim Oberprä-

sidium in Kiel unter Übernahme aus der Preussischen Wasserbauverwaltung in die Kulturbauverwaltung.

Versetzt: Die Regierungs- und Bauräte Willi Genzmer (H) beim Staatskommissar der Hauptstadt Berlin an die Regierung in Hannover, Bastian (W) von der Wasserbaudirektion in Königsberg an die Elbstrombauverwaltung in Magdeburg; — die Regierungsbauräte Krappitz (H) von Diepholz nach Bad Homburg v. d. H., Dettmers (W) vom Wasserbauamt Harburg-Wilhelmsburg an das Kanalbauamt Oebisfelde als Vorstand, Jacob (W) von Breslau an die Regierung in Kassel, Eichmann (W) von Beeskow an die Regierung in Arnberg, Griesert (W) von Landsberg a. W. als Kulturbaubeamter nach Breslau,

Tockuß (W) von Aurich als Kulturbaubeamter nach Beeskow, Herbst (W) von Osnabrück als Kulturbaubeamter nach Gumbinnen, der Regierungsbaumeister (H) Härtel von Königsberg i. Pr. nach Striegau.

Überwiesen: Der Regierungsbaurat Dr.-Ing. Kuhberg (H) von der Regierung Potsdam an das dortige Staatshochbauamt I.

Zur Beschäftigung überwiesen unter Wiederaufnahme in den Staatsdienst: Die Regierungsbaumeister Ernst Brahe (H) der Regierung in Marienwerder, Walter Schnabel (W) dem Wasserbauamt in Lauenburg a. E., Rudolf Korsmeier (W) dem Bauamt für den Pregelgebäudebau in Insterburg, Starkowski (W) dem Kulturbaubeamten in Osnabrück.

Die Staatsprüfung haben bestanden: Die Regierungsbauführer Hansgeorg Fiebiger, Johannes Grundstroem (Hochbauaufach); — Paul Etz, Ernst-Wilhelm Kau (Wasser- und Straßenbauaufach); — Werner Scholl (Eisenbahn- und Straßenbauaufach); — Gerd Harald Ludendorff, Gustav Adolf Gaebler, Theodor Fahlberg, Ludwig Göth (Maschinenbauaufach).

*

RdErl. d. FM. v. 9. 6. 1934, betr. Verdingungsordnung für Bauleistungen VOB. (V 11 Nr. 575/Tg-8).

Durch Erlasse des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 25. Mai 1934 — O. 6100 Bh. II-33/34 I B Bau — und vom 30. 5. 1934 — O. 6100 — Bh. II-36/34 I B Bau — ist die VOB. wie folgt geändert worden:

In Abschnitt A Allgemeine Bestimmungen für die Vergebung von Bauleistungen (Din 1960) ist der „§ 15 Streitigkeiten“ zu streichen und die Ziffern der folgenden §§ 16—30 in 15—29 umzuändern.

Ferner sind das Inhaltsverzeichnis zu Din 1960 und die Hinweise in A § 10 Ziff. 3 in „A § 18 Ziff. 2g und A § 24 Ziff. 2“ entsprechend zu berichtigen. Sodann ist in A § 10 Ziff. 3g in der Klammer der Hinweis auf „A § 15 und“ zu streichen.

Schließlich sind die Ziff. 8 (Vorbehalt für den Austrag von Streitigkeiten) und 9 (Vereinbarungen über die Preisbildung usw.) der „Besonderen Vertragsbedingungen“ zu streichen und dafür zu setzen: „8. Vereinbarung über die Preisbildung usw.“

Die Vergebung steht unter dem Schutze der Verordnung über Verdingungskartelle vom 9. 5. 1934 (RGBl. I S. 376/377).“

In der folgenden Ziff. 10 (Gewährung von Geschenken oder anderen Vorteilen) ist dementsprechend die Ziff. 10 in 9 zu ändern.

Ich ersuche, die dortigen Exemplare der VOB. berichtigen zu lassen.

Im Auftrage
Eggert.

An die Reg.-Präs. u. den Präs. d. Pr. Bau- u. Fin.-Dir.

Deutsches Reich.

Reichsbahngesellschaft. *Ernannt:* zum Reichsbahnoberrat die Reichsbahnräte Paul Lehmann, Vorstand des Betriebsamts Dortmund 3, Schütte, Dezerent der RBD Osten in Frankfurt (Oder).

Versetzt: Direktor bei der Reichsbahn Liebetrau, Abteilungsleiter der RBD Osten in Frankfurt (Oder), nach Kassel als Leiter zur neu errichteten Obersten Bauleitung für den Bau einer Kraftfahrbahn; — die

Reichsbahnoberräte Nippe in Frankfurt (Oder) als Dezerent zur Obersten Bauleitung für den Bau einer Kraftfahrbahn nach Kassel, Düring, Vorstand des Betriebsamts Magdeburg 1, als Dezerent zur RBD Trier, Friedrich Schmidt, Vorstand des Betriebsamts Hersfeld, als Dezerent zur RBD Oppeln, Harre, Vorstand des Betriebsamts Glogau 1, als Dezerent zur RBD Osten in Frankfurt (Oder), Brückmann, Dezerent der RBD Trier, als Dezerent zur RBD Münster (Westf.), Dr.-Ing. Heineck, Dezerent der RBD Kassel, als Dezerent zur RBD Essen, Heineck, Vorstand des Betriebsamts Duisburg 2, als Dezerent zur RBD Trier, Staudinger, Vorstand des Betriebsamts Regensburg, als Dezerent zur Obersten Bauleitung für den Bau einer Kraftfahrbahn nach Nürnberg, Zangl, bisher bei der RBD Nürnberg, zum RZA in München und Achenbach, Dezerent der RBD Oldenburg, als Dezerent zur RBD Kassel; — die Reichsbahnräte Mengewein, bisher beim Betriebsamt Koblenz 1, als Vorstand zum Betriebsamt Darmstadt 2, Hager, bisher bei der RBD Frankfurt (Main), als Vorstand zum Betriebsamt Regensburg, Hutloff, bisher bei der RBD Altona, als Vorstand zum Betriebsamt Magdeburg 1, Classens, bisher beim Betriebsamt Aachen, zur RBD Köln, Brand, bisher bei der RBD Köln, als Vorstand zum Betriebsamt Duisburg 2, Dr.-Ing. Heinrich Meyer, bisher bei der Hauptverwaltung in Berlin, als Vorstand zum Betriebsamt Hersfeld, Walter Rohde, bisher bei der Oberbetriebsleitung Süd in Würzburg, als Vorstand zum Betriebsamt Essen 1, Karl Fröhlich, bisher bei der RBD Dresden, als Dezerent zur RBD München, Haslauer, bisher bei der RBD Nürnberg, zur Oberbetriebsleitung Süd in Würzburg, Rochlitz, Vorstand des Neubauamts Freiburg (Br.) 1, als Vorstand zum Betriebsamt Basel, Schwingel, Vorstand des Neubauamts Oberhausen, zur RBD Breslau, Heß, bisher bei der RBD Breslau, zur RBD Nürnberg; — die Reichsbahnbaumeister Kukielka, bisher bei der RBD Stettin, zur Obersten Betriebsleitung Ost in Berlin, Ziegler, bisher beim Betriebsamt Kassel 2, zur RBD Halle (Saale), Krämer, bisher bei der RBD Halle (Saale), Stöber, bisher bei der RBD Mainz, und Christian Schmid, bisher bei der RBD Breslau, zur RBD Berlin.

Übertragen: die Geschäfte eines Abteilungsleiters den Reichsbahnoberräten Schloe, Dezerent der RBD Osten in Frankfurt (Oder), und Renz, Dezerent der RBD Stuttgart, sowie dem Reichsbahnrat Karl Krauß, bisher beim RZB in Berlin, die Stellung als Vorstand des Betriebsamts Berlin 10.

Überwiesen: Reichsbahnrat Zabel, bisher bei der Oberbetriebsleitung Ost in Berlin, zur RBD Berlin.

Gestorben: Reichsbahnoberrat Fuchslocher, Vorstand des Betriebsamts Heilbronn.

Württemberg.

Der Reichsstatthalter hat im Namen des Reichs den Baurat mit der Amtsbezeichnung „Oberbaurat“ Wieland, Vorstand des Bezirksbauamts Eßlingen in Stuttgart, seinem Ansuchen entsprechend in den Ruhestand versetzt.

Hessen.

Ernannt: der Regierungsbauführer Ernst Rothermel aus Darmstadt zum Regierungsbaumeister.